

# Neue lokale Sicherheitsregimes

## Neokommunitäre Nüchternheit und punitiver Paternalismus

Volker Eick

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich auf der lokalen Ebene eine Form von Ordnungsarbeit<sup>1</sup> durchzusetzen vermocht, die insbesondere auf die Produktion von Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum (SOS) zielt. Sie hat durch diesen Zuschnitt neuen AkteurInnen der Sicherheitsproduktion und neuen Konkurrenz- und Kooperationsbeziehungen ebenso zum Durchbruch verholfen, wie sie die Aufgaben ›alter‹ AkteurInnen veränderte. So definiert sich auch das auf soziale Stabilisierung ›benachteiligter‹ Bevölkerungs- und Stadtteile zielende seit 1999 etablierte Bund-Länder-Programm ›Soziale Stadt‹, dessen weitere Ingredienzien das Empowerment der Bevölkerung und die Verwaltungsmodernisierung sind, zunehmend als solch neuartige Ordnungsarbeit: Soziale Arbeit folgt zunehmend der Idee der SOS-Arbeit und erweist sich als Beleg dafür, dass in einer erweiterten Sicherheitsfamilie nun auch die lokal ausgerichtete Sozialpolitik eine kriminalpolitische Zuspitzung zwischen Standortwettbewerb und sozialer Stabilisierung erhält. Anders gesagt: Neue AkteurInnen haben auf der lokalen Ebene nicht nur etwas zu erzählen, sondern auch zu sagen – häufig, ohne sich über demokratische Legitimität Gedanken machen zu müssen. Ich möchte im Folgenden ausgehend von einigen theoretischen Überlegungen zum Wandel von Staatlichkeit einige empirische Befunde aus dem bundesrepublikanischen urbanen Alltag analysieren. Diese Befunde scheinen den schon aus den USA bekannten Trend zu belegen (Peck 2001), den aktuelle Workfare-Modelle aufweisen. Sie zeigen darüber hinaus, dass das – etwa für den österreichischen Arbeitsmarktservice regierungsamtlich betonte – »Musterbeispiel für eine gelungene Kooperation zwischen Regierung und Sozialpartnerschaft«<sup>2</sup> erst vollständig in seiner Virulenz erfasst werden kann, wenn Sozial- und Sicherheitspolitik zusammen gedacht werden.

### Workfare in neoliberaler Nachbarschaft

Moderne Staatlichkeit hat unter dem Einfluss von Glokalisierung (Swyngedouw 1997) und unter den Bedingungen eines *Roll-back*- und *Roll-out*-Neoliberalismus (Brenner/Theodore 2001; Peck/Tickell 2002) keynesianische Artefakte und Aushandlungsroutrinen zerschlagen bzw. gekappt. Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung gelten gemeinhin als die Stichworte zur Charakterisierung von neuen Governance-Formen sowie als deren Voraussetzung. Dieses Konzept des *Roll-back* und *Roll-out*-Neoliberalismus beschreibt im Kern, dass nach den (noch nicht abgeschlossenen) Angriffen auf die fordistische Formation der Wohlfahrtsstaaten unterschiedlicher Prägungen (Jessop/Sum 2006) in den 1980er und frühen 1990er Jahren eine Phase begann, in der sich die politischen und wirtschaftlichen Eliten die (Re)Konstruktion eines schumpeterianischen *Workfare*-Regimes auf ihre Fahnen schrieben. Was in den USA als ideologischer Angriff schon in den 1970er Jahren mit einigen lokalen

Modellprogrammen begann, im Chile Pinochets vorexerziert wurde und 1996 unter der Überschrift *Ending welfare as we know it* (Clinton) bundesweit vollendet wurde (Harvey 2005), fand in der Bundesrepublik seinen Ausgangspunkt mit dem Schröder-Blair-Papier eines ›Dritten Weges‹ und sein (vorläufiges) Ende mit den Hartz-Gesetzen (Brenner et al. 2003; Eick et al. 2004). Von solchen Veränderungen sind, wie zu zeigen sein wird, auch Soziale Arbeit, Beschäftigungs- und die Sicherheitspolitik betroffen.

Hinter diesen neuartigen Gesetzgebungsprozessen verbergen sich eine Vielzahl von Maßnahmen, von denen mit Blick auf neue lokale Sicherheitsregimes insbesondere die so genannten Hartz IV-Regelungen relevant sind: Im Jahr 2005 hatte die rot-grüne Bundesregierung den Abschied vom Regulierungsmodell ›Versicherung‹ beschlossen. Seitdem begründet Erwerbstätigkeit maximal noch ein Jahr Arbeitslosengeld, das sich auf den vorherigen Verdienst bezieht. Danach gibt es lediglich eine Grundsicherung in Höhe von 351 Euro, das so genannte Arbeitslosengeld II – mit ihm verbunden ist die Verpflichtung zu Beschäftigung, die mit einem Euro bis zu 2,50 Euro pro Stunde bezahlt wird und kein Arbeitsverhältnis darstellt. Diese Arbeitsmarktreform, die das Sozialhilfe- mit dem Arbeitslosenhilfesystem zusammenlegte, diente – wenn auch nicht offiziell – vor allem der Durchsetzung von Niedriglöhnen (Enttariierung) und von Workfare, also Arbeitszwang unter dem Slogan ›Fördern und Fordern‹, sowie dem Ersatz von (zunächst) kommunalen Arbeitsplätzen durch Arbeitsgelegenheiten nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II § 16, Abs. 3). Weiter geht es in einer neoliberalen Wende in der Arbeitsmarktpolitik um die Disziplinierung und Mobilisierung des ›Prekariats‹.

Für die Umsetzung dieser Arbeitsmarktreform sind vor allem arbeitsmarktpolitische Träger, so genannte Nonprofits, tätig. Sie sollen die Arbeitsgelegenheiten ›erfinden‹, die gemeinnützig und zusätzlich sind, um Niedriglohnjobs zu generieren und Arbeitsplätze auf dem regulären, ersten Arbeitsmarkt nicht zu gefährden. Tatsächlich ist mittlerweile unstrittig, dass sie reguläre Arbeitsplätze verdrängen. Gleichwohl ist auch mit einer ganz spezifischen ›Kreativität‹ ein ganzer Strauß an neuen Arbeitsfeldern ›erfunden‹ worden. Dazu gehören die hier im Mittelpunkt stehenden alternativen, aus den aktivierenden Beschäftigungsprogrammen finanzierten Sicherheits- und Ordnungspatrouillen, die alle Charakteristika dessen zeigen, was als ›*the poor policing the poor*‹ bezeichnet werden kann (Eick 2003). Allein nach der aus Hartz IV resultierenden Workfare-Verpflichtung (Ein-Euro-Jobs), sind mittlerweile Tausende von Langzeitarbeitslosen in SOS-Diensten (Sauberkeit, Ordnung, Sicherheit) tätig.

Damit sind verschiedene Konsequenzen verbunden: Erstens reduziert deren Einsatz die Kosten der Länder und Kommunen für die Einhegung und Disziplinierung derjenigen, die durch die Verwüstungen des Neoliberalismus sozioökonomisch ausgegrenzt und deshalb präventiv zu identifizieren und zu kontrollieren sind. Zweitens machen die Kommunen und Länder regen Gebrauch von den kostengünstigen Arbeitskräften, die ihnen durch die JobCenter zugeführt werden. Und so wie in den privatisierten Wohnquartieren Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit an private Gebäudeeigner und kommerzielle Sicherheitsdienste delegiert werden (Eick 2007), verfolgt der Einsatz solcher alternativen Dienste drittens das Ziel, die Selbstregulation auch der abgehängten Quartiere zu ermöglichen. Dass sich dabei eine Vielzahl dieser Dienste in einem juristischen Graubereich bewegt, darf man angesichts der anhaltenden Weigerung, die Aufgaben sowohl der kommerziellen Sicherheits- wie

alternativen Ordnungsdienste klar und gesetzlich zu fassen, wohl eher als gewollt interpretieren. Mit dem Einsatz solcher Dienste geht, viertens schließlich, auch ein neues Verständnis davon einher, was Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit sein sollen – partikulare Normen, Wohlanständigkeit, Widerspruchslosigkeit, Arbeitspflicht und Moralisierungsdiskurse müssen als Stichworte genügen: ein sicherheitspolitischer Neokommunitarismus *von Ort zu Ort* und *von Fall zu Fall*.

Die nachfolgenden Beispiele sollen einen Eindruck davon vermitteln, wie die ›neokommunitären Realisten‹ im Quartiersmanagement weitgehend ungestört ›soziale Integration‹ buchstabieren können.

### Top-down Trinken, bottom-up Räumen?

Das seit 1999 laufende Bund-Länder-Programm ›Soziale Stadt‹, das auch unter dem Titel Quartiersmanagement bekannt ist, hat sich – kurz gefasst – zum Ziel gesetzt, ›benachteiligte‹ und (daher vermeintlich auch) ›benachteiligende‹ Quartiere wieder in Wert zu setzen. Sie sollen in eine Wachstumsstrategie von Städten eingebunden, sozioökonomisch mobilisiert und im Rahmen eines *Roll-out*-Neoliberalismus in selbsttragende profitable Regionen umgewandelt werden (Mayer 2007). Die entsprechende Bevölkerung soll demgemäß ›aktiviert‹ oder, wenn nötig, ausgetauscht werden. Bei aller sozialutopisch angehauchten Programmlyrik geht es um die Aufwertung dieser Quartiere – und die Frage ist: Wie geht sich das für so genannte Randgruppen aus?

In Berlin etwa so: Die Polizei sprach auf Wunsch von Quartiersmanagement und Bezirksamt »Platzverweise aus und kontrollierte verstärkt«, das Bezirksamt beseitigte alle Stadtmöbel vom Platz und »sämtliche Hochbeete mit Pergolen und Bepflanzungen« wurden entfernt. »Es gibt keine Rückzugsräume mehr für die Alkoholiker, sie werden sich dort nicht mehr wohl fühlen«, freut sich die Quartiersmanagerin aus Berlins Wedding (Schuster 2003, 12). Auf dem Helmholtzplatz im Prenzlauer Berg hatte das Quartiersmanagement die Trinker ebenfalls abgeräumt und gar zwischen lokalem und überlokalem Trinkermilieu selektiert (Holm 2001). So weit ist man auf der Schillerpromenade im Norden Neuköllns noch nicht:

*»Seit 2005 gibt es vermehrt Anwohnerbeschwerden über Trinker und von ihnen ausgehende Belästigungen auf der Schillerpromenade. Neben der Trinkerproblematik werden [...] zunehmend Nachbarschaftskonflikte durch unbeaufsichtigte, teilweise vernachlässigte Kinder und Jugendliche vorwiegend aus Roma-Familien sowie auch hier anzutreffende Trinkergruppen festgestellt. [...] Eine ganz neue Problematik ergibt sich durch die EU-Ostweiterung seit 2007, die insbesondere in den Sommermonaten einen enormen Anstieg von ›Saisonarbeitern‹ vorwiegend aus Rumänien zur Folge hat. Belegungen von 2-Zimmer-Wohnungen mit bis zu 11 Personen, Schwarzarbeit und illegale Geschäfte (Hervorh. im Original).«*

(Schmiedeknecht 2009, 2)<sup>3</sup>

Zur Erinnerung: Beschäftigt sind oder waren die zitierten Quartiersmanagerinnen im Bund-Länder-Programm ›Soziale Stadt‹, das für sich in Anspruch nimmt, eben das zu sein, sozial, integrativ, stabilisierend:

*»Der sozialraumorientierte Ansatz des Programms stellt die sozialen und ökonomischen Lebenslagen der Menschen und das nachbarschaftliche Miteinander im Quartier in den Mittelpunkt. Dabei haben sich Integrierte Entwicklungskonzepte*

*als innovatives Handlungsinstrument bewährt. Entsprechend der Querschnittsperspektive der Stadtentwicklungspolitik und der quartiersbezogenen Städtebauförderung bündeln sie sektorale Ansätze fachübergreifend und führen – im Zusammenwirken vieler Beteiligter im öffentlichen und privaten Bereich – städtebauliche Investitionen in Gebäude, Wohnumfeld und Infrastruktur mit vielfältigen sozial-integrativen Maßnahmen zusammen.» (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008, 5)*

Es lässt sich tatsächlich zeigen, wie – gleichsam als Gegenstück zur Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen – neue Gemeinschaften gebildet werden (sollen). Das bereits erwähnte Quartiersmanagement an der Schillerpromenade benennt daher konsequent als das »strategische Ziel des Projekts, das nachbarschaftliche Miteinander in einem ausgewiesenen Problembereich neu zu organisieren« (Schmiedeknecht 2009, 4, Hervorh. im Original). Dabei sei das »Potenzial bürgerschaftlichen Engagements« durch das Quartiersmanagement »neu aufzuschließen« und die »Schaffung einer neuen [...] Beteiligungskultur/Aktivierung und Unterstützung engagierter Anwohner bei ihren Bemühungen für ein besseres Wohnumfeld« sicherzustellen (ebd., 12). Auch im Statusbericht des Bundesbauministeriums von 2008 heißt es, dass »Aktivierung und Beteiligung der lokalen Bevölkerung bei der integrierten Stadtentwicklung eine (zunehmend) große Rolle« spielen und »die Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen (Beteiligung, Empowerment), also ein ›Aufweichen‹ von Mustern herkömmlicher Top-down-Prozesse zugunsten von Governance-Ansätzen« zu fördern sei (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008, 94). Mit Nikolas Rose (2000, 86) kann man Quartiersmanagement also als Regierungsform, als eine »Methode des Regierens« (Hervorh. im Original) beschreiben, die auf die Etablierung eigenverantwortlicher, sich selbst regierender Gemeinschaften zielt. Zahlreiche lokalstaatliche Programme der jüngeren Vergangenheit, so Rose,

*»sollen die Bewohner bestimmter innerstädtischer Bezirke im Engagement für ›ihren‹ Kiez dadurch bestärken, dass man sie als ›Community‹ konstituiert und ›Community‹-Gruppen auswählt, die im Namen der ›Community‹ als Sprecher auftreten können und dann in den politischen Apparat eingebunden werden, um so Reformvorhaben durchzusetzen.« (Rose 2000, 88)*

Im Zusammenspiel mit einem neoliberalen Ethos, der individuelle Freiheit und Wahl (statt kollektiver Solidarität), Chancengerechtigkeit (statt Chancengleichheit), eigenverantwortliches Handeln, Eigeninitiative und eine Suche »eine[r] Art sekundärer Gratifikation in der Pflichterfüllung« (Ehrke 1999, 18) für die so genannten Benachteiligten in den Mittelpunkt der neuen lokalen Governance-Regime stellt, ist Quartiersmanagement so ein (letztes) Angebot an die BewohnerInnen »abgehängter« Stadtquartiere, sich selber aus dem Sumpf (›selbstverschuldeter‹) Armut und Abhängigkeit zu ziehen. Der Auftrag an professionelle Träger, die soziale Lage in den ›benachteiligten‹ Quartieren durch Empowerment der BewohnerInnen zu stabilisieren, eine Ressort und Institutionen übergreifende Zusammenarbeit anzuregen sowie durch Interaktion den Prozess der Verwaltungsmodernisierung zu beschleunigen, kann daher als Versuch des (Lokal)Staats charakterisiert werden, eine »Zivilgesellschaft von oben« (Lanz 2000) zu etablieren. In dem Bemühen, – durchaus erkannte, aber systematisch de-thematisierte – neoliberale sozioökonomische und kulturelle Ausgrenzungsformen auf Quartiersebene abzufedern, stellt Quartiersmanagement

zugleich ein Instrument zur Durchsetzung und Absicherung eines lokalpolitisch flankierten Sozialstaatsumbaus dar (Krummacher et al. 2003; Eisenschitz/Gough 1996). Beim Bund-Länder-Programm handelt es sich mithin eher um ein paternalistisches Modellprogramm, das die Funktionsfähigkeit des so restrukturierten Lokalstaats und den Gehorsam der QuartiersbewohnerInnen optimieren soll.

In der lokalen Sicherheitspolitik entsteht derzeit durch den Einsatz der Nonprofit-Sicherheitsdienste ein neuer, ordnungspolitisch agierender Akteur im öffentlichen Raum. Die Beschäftigung von Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen durch Nonprofits in Projekten im Ordnungs- und Sicherheitsbereich leistet einen Beitrag zu einer neuen, hoch problematischen Kontrollkultur. Die sich in einigen Quartieren herausbildenden Kontrollregime stellen dabei auch insoweit eine brisante Entwicklung dar, als hier Nonprofits in die lokale Sicherheitsproduktion eingebunden werden, ohne dass deren Legitimation geklärt oder entsprechende formale Qualifikationen nachgewiesen sind. Weiter beginnen sich unter Überschriften wie ›Integration benachteiligter Gruppen‹ oder ›Stabilisierung benachteiligter Quartiere‹ Strukturen herauszubilden, die das bereits erwähnte »*the poor policing the poor*« (Eick 2003) zu einem selbsterhaltenden System machen: Nonprofits agieren als Quasi-Polizeiagenturen, betreiben eine Containment-Politik gegen Armutspopulationen, weisen diesen damit spezifische Räume zu, vertreiben sie aus anderen, um dort wieder ein neues Einsatzfeld in Anspruch nehmen zu können.

### **Arbeitsmarktugenden in der ›aktivierenden Stadt‹**

Beschäftigungspolitisch aktive Nonprofits haben in den vergangenen Jahren immer intensiver ihre beschäftigungspolitischen (Re)Integrationsmaßnahmen mit lokaler SOS-Politik verzahnt und so ein neues Arbeitsfeld für sich erschlossen – und, wo angezeigt, etwaige Konkurrenz aus dem Feld geschlagen. Eine Neuköllner Quartiersmanagerin etwa hatte nach eigenen Angaben »dafür gesorgt, dass ein Jugendhilfeträger keine Förderung durch das Arbeitsamt mehr erhält, weil der sich geweigert hat, mit der Polizei zusammenzuarbeiten« (zit. n. Eick 2008, 93f.). Auch an der Abschreckung von etwaigen LeistungsempfängerInnen beteiligen sich QuartiersmanagerInnen: Eine QM-Kollegin vom Kottbusser Tor im Bezirk Kreuzberg fordert im Rahmen einer Ausbildungsplatzvermittlung Jugendliche auf,

*»mit vollständigen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse etc.) und in angemessener Kleidung zu erscheinen. Dadurch werden laut Auskunft der Quartiersmanagerin bereits rund die Hälfte der Anfragenden abgeschreckt [...] Wesentliche Funktion der Arbeitsplatzvermittlung ist die Lebensstilregulierung, die durch die Konfrontation der Jugendlichen mit Arbeitsmarktugenden wie Pünktlichkeit, Sauberkeit und Zuverlässigkeit erreicht werden soll.«* (Fritsche 2003, 86f.)

Zu den weiteren zentralen AkteurInnen gehören neben den Kommunen die vor Ort tätigen Nonprofit-Organisationen im Bereich der Arbeitsmarkt(re)integration (zur Rolle von Nonprofit-Organisationen in der lokalen Beschäftigungspolitik, Eick et al. 2004), die sich durchaus vergleichbarer Moralisierungen bedienen und als *Workfare*-Meister fungieren (Eick 2007). Zur kostenminimalen Erreichung des Ziels der Selbstregulation der Quartiere und ihrer Bevölkerung gilt es freilich, Agenturen zu schaffen oder bestehende Organisationen zu nutzen, die den ökonomisch Abge-

hängten Verhaltensanweisungen geben, die Vorgaben der JobCenter vor Ort durchsetzen und zugleich sicherstellen, »dass der Hilfeempfänger in irgendeiner Weise die prekäre Finanzlage des Gemeinwesens in seinen unmittelbaren Erfahrungshorizont eingespiegelt bekommt« (Schulze-Böing 2000, 54).

Zentrales Element zur Umsetzung etwa der Hartz IV-Gesetzgebung, von *Workfare* oder des Leitbilds des ›aktivierenden Staats‹ und vor allem der ›aktivierenden Stadt‹ sind dementsprechend die regionalen JobCenter, die den Zwangsrahmen gegenüber den Langzeiterwerbslosen setzen und gegebenenfalls nachjustieren. Eine solche Nachjustierung hat beispielsweise das JobCenter Charlottenburg-Wilmersdorf vorgenommen und in Hinblick auf »Jugendliche und junge Erwachsene, [die] an die Forderungen des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes heranzuführen« seien, formuliert: »Die bisherigen Konzeptionen litten an dem Mangel, dass es ›Fluchtmöglichkeiten‹ für den Teilnehmerkreis gab. Die Chance auf eine Arbeitsgelegenheit muss ›garantiert‹ sein, egal wie lange sich ein ›Kandidat‹ auch dagegen wehrt« (JobCenter Charlottenburg-Wilmersdorf 2009, 27, Hervorh. im Original).

### ›Kundenorientierungen‹ besonderer Art

»Öffentlich geförderte Beschäftigung ist Ausdruck des Grundsatzes von ›Fördern und Fordern‹ (§ 2 SGB II) und damit der zumutbare Beitrag des Hilfeempfängers zur Reduzierung seiner Hilfebedürftigkeit sowie die von ihm erbrachte Gegenleistung für die Unterstützung durch die Solidargemeinschaft«, schreibt die in Hannover ansässige ›FAA Bildungsgesellschaft-Nord mbH‹ (FAA-Nord) auf ihrer Website.<sup>4</sup> Die FAA-Nord ist Gesellschafterin diverser Firmen, die mit der Vermittlung und Beschäftigung von (Langzeit)Erwerbslosen ihr Geld verdienen. Zu diesen Firmen gehört etwa die 1993 in Berlin gegründete ›Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft in Tempelhof mbH‹ (BEQUIT).<sup>5</sup> BEQUIT ist vom Land Berlin als arbeitsmarktorientierter Beschäftigungsträger anerkannt und gestaltet nach eigenen Angaben »auf bezirklicher Ebene regionale arbeitsmarktliche Strukturen mit«. Es ist flächendeckend an der Ausgestaltung des Quartiersmanagement im Berliner Bezirk Neukölln<sup>7</sup> beteiligt sowie maßgeblicher Oligopolist in Sachen ›Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit‹. Mit rund 20 fest angestellten MitarbeiterInnen, die jährlich hunderte von Erwerbslosen ›mobilisieren‹, generiert BEQUIT einen Jahresumsatz von rund sieben Millionen Euro (2008).<sup>8</sup>

Unter der Überschrift ›Aufsichtsprojekte der BEQUIT GmbH‹ sind Langzeiterwerbslose als Schul-, Schulhofaufsicht und Schulwegbegleitung, als Parkdienste (Parkaufsicht und Begleitdienst) sowie als Wohngebiets- und Spielplatzaufsicht unterwegs – allein im Quartiersmanagementgebiet Schillerpromenade mit 24 Beschäftigten (Hömborg 2007, 7). Zu deren Aufgaben gehört »die Kontrolle der Tiefgaragen, Keller und Flure«, »Vandalismus und Verschmutzung« sollen verhindert werden, zudem gehen Zweier-Teams »durch die Parkanlagen, geben Hinweise zur Einhaltung der Grünflächenverordnung und stehen als Ansprechpartner nicht nur bei Not- und Konfliktfällen zur Verfügung, sie »sichern und melden [...] Gefahrstellen und achten auf Sauberkeit«, so die Website der BEQUIT weiter.<sup>9</sup>

Ein ähnliches Projekt, bekannt unter dem Titel ›Spielplatzkümmerer‹, erregte im Jahre 2005 bundesweit Aufmerksamkeit, denn immerhin 350 Langzeiterwerbslose, ebenfalls eingesetzt als 1-Euro-Kräfte, kontrollieren seitdem die rund 120 Spielplätze

Neuköllns (Fuchs 2005; vgl. ver.di Berlin-Brandenburg 2007, 17f.). Um deren u. a. von der Gewerkschaft ver.di kritisierten Einsatz zu rechtfertigen, charakterisierte die Vertreterin der ›RAG Bildung GmbH‹, einem Tochterunternehmen der Ruhrkohle AG, die ›Kümmerner‹ so: »Am einfachsten lässt sich wohl beschreiben, was sie alles nicht sind – nämlich Polizisten, Müllmänner oder Schaukel-Reparateure« (zit. n. Leber 2005), ihre Aufgabe sei vielmehr, allein durch ihre Anwesenheit potenzielle ›Spielplatz-Störer‹ davon abzuhalten, Alkohol zu trinken, Müll in den Sand zu werfen und zu randalieren.

Mit solchen Beschreibungen wird deutlich, wie sehr den beschäftigungspolitischen Trägern klar ist, dass ihre Ein-Euro-Kräfte tatsächlich reguläre Arbeitsplätze verdrängen – und/oder sich parallel zu Polizeien gegen so genannte Randgruppen gerieren.

### Multiple Arbeits- und Sicherheitsmärkte

Während sich BEQUIT gleichsam zum Experten für *Nonprofit Policing* im öffentlichen Raum ›benachteiligter‹ und ›benachteiligender‹ Quartiere, vor allem im Bezirk Neukölln, entwickelt hat,<sup>10</sup> kann Vergleichbares zum freien Träger ›Jugendwohnen im Kiez e.V.‹ mit Blick auf das Betreiben von Concierge-Logen gesagt werden, denn allein elf Concierge-Logen mit 38 ehemaligen Erwerbslosen (2007) betreut die an ›Jugendwohnen im Kiez‹ angegliederte ›Neuraum. Gesellschaft für soziale und wohnungsnaher Dienstleistungen mbH.‹<sup>11</sup> Dabei werde, so ›Neuraum‹, »an sozialen Brennpunkten in Kooperation mit großen Wohnungsbaugesellschaften« und finanziert von den Arbeitsagenturen, JobCentern und dem Europäischen Sozialfond »das Konzept ›Concierge‹« realisiert (Schmid 2006).<sup>12</sup> Zu den Aufgaben gehören bereits seit dem Jahr 2000 »Rundgänge in den Gebäuden und Außenbereichen, [v]ermitteln des Eingreifen in Konfliktfällen« und die »Kooperation mit Hauswarten, Wohnungsbaugesellschaft, Polizei, Jugendamt.«<sup>13</sup>

Eine Konsultation der diversen Internetseiten des Berliner Quartiersmanagements zeigt, dass sich rund 15 freie Träger im Tätigkeitsfeld ›Sicherheit und Ordnung‹ tummeln. Der freie Träger ›Forum Arbeit & Projekte‹ konkurriert etwa mit dem kommerziellen Sicherheitsunternehmen ›Germania‹ aus Bielefeld,<sup>14</sup> das Neuköllner Grund- und Oberschulen bewacht (Jacobs 2008). ›Forum Arbeit & Projekte‹ ist an fünf Berliner Grundschulen in den Bezirken Kreuzberg, Friedrichshain und Schöneberg mit 20 MAE-Kräften aktiv, also Ein-Euro-Beschäftigten, die die Pausenhöfe bewachen (Pham 2007). Hamburg setzte im Jahr 2006 rund 11.490 MAE-Kräfte ein, von denen 1.100 Sauberkeitsaufgaben (9,5%) zu erledigen und rund 1.000 (8,5%) für ›Sicherheit & Ordnung‹ zu sorgen hatten (Freie und Hansestadt Hamburg 2006, 27). Die Stadtverwaltung Münster hält 186 MAE-Stellen vor,<sup>15</sup> von denen im Juli 2008 rund 130 Stellen besetzt sind: Zehn Ein-Euro-Beschäftigte unterstehen dem Ordnungsamt als Hilfskräfte im ›Fahrradkontrolldienst‹, das Grünflächenamt nutzt ein ›Mobiles-Einsatz-Team‹ (MET) aus zwölf Personen, die sich »der zusätzlichen Wildkrautbeseitigung auf Grünflächen im Stadtgebiet widmen«, wie die Stadträtin mitteilt (Hanke 2008, 4); 58 Personen schließlich bilden das ›Team Saubere Stadt‹ (TSS) für die »[z]usätzliche Reinigung öffentlicher Strassen und Plätze« in der Innenstadt« (ebd.), die dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien als ›Arbeitsmarktinitiative AIM jugend+‹ zugeordnet sind. Ein letztes Beispiel für die Verknüpfung von Workfare und lokaler SOS-Politik sei aus Dresden berichtet: Dort sind allein 130 Helfer

im Umfeld von Schulen, rund 80 zur Unterstützung der Ordnungsämter, knapp 50 für ›Sauberkeit‹ im Auftrag des Umweltamtes und gut 100 auf Sport-, Spiel- und Bäddestätten tätig.<sup>16</sup> Bundesweite Überblicke und lokale Berichte oder Analysen fehlen, soweit ersichtlich, weitgehend. Es sind somit verlässliche Angaben zum Anteil von MAE-Kräften an der lokalen Ausgestaltung des SOS-Bereichs kaum möglich (Eick 2005), wie insgesamt wenig zu den *konkreten* Tätigkeitsfeldern bekannt ist.

### Der Sicherheitsmarkt als Treffpunkt der neuen lokalen Sicherheitsfamilie

Was sich herausbildet, sind multiple Sicherheitsmärkte, die »je nach geographischem oder sozialem Zuschnitt«, eigene, man könnte »sagen ›kundenspezifische‹ Formen des Risikomanagements und der Störfallabwicklung« auszubilden beginnen, wie dies Detlef Nogala (2001, 208) formuliert hat.

Für den Bereich der Nonprofit-Organisationen, für die (lokal)politischen VerantwortungsträgerInnen und für die ›abgehängten‹ Stadtquartiere sieht es sehr danach aus, als habe man sich ›realpolitisch‹ darauf verständigt, das »*the poor policing the poor*« (Eick 2003) zu einem tragenden Konzept lokaler Ordnungspolitik auszubauen. Und das hat aus der Perspektive der beteiligten AkteurInnen ja auch Sinn:

Der (National)Staat hat sein Interesse daran, an strukturellen Armutsgründen, die eine neoliberale Politik hervorgebracht hat, selber ›herumzubasteln‹, verloren, weil es die globale Konkurrenzfähigkeit aus seiner Sicht behindert, und deshalb delegiert. Er hat daher solcherart Verantwortlichkeiten auf die lokale Ebene ›abgeschichtet‹ (*devolution*). Dort haben im Rahmen neuer Koalitionen neue und alte AkteurInnen Möglichkeiten eruiert, gefunden und ausgebaut, aus dieser ›Abschichtung‹ von Verantwortung im Wortsinne Kapital zu schlagen.

Für die lokalen Behörden stellen sich die neuen Governance-Arrangements als Chance dar, erfolgreich(er) mit ihren bezirklichen Kontrahenten konkurrieren und sich ihrer ›unwürdigen‹ Armen entledigen (lassen) zu können. Das ist die Stunde, in der auch die Nonprofits und die beauftragten QuartiersmanagerInnen profitieren. Dunkle Stunden für ernst gemeinte Soziale Arbeit ...

### Literatur

- Brenner, Neil/ Theodore, Nik (2000) Cities and the Geographies of ›Actually Existing Neoliberalism‹; in: Brenner, Neil/ Theodore, Nik (Hg.) Spaces of Neoliberalism. Oxford, 2-32
- Brenner, Neil/ Jessop, Bob/ Jones, Martin/ MacLeod, Gordon (Hg.) (2003) State/Space. A Reader. Oxford
- Bundestransferstelle Soziale Stadt (Hg.) (2008) Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt. Berlin
- Ehrke, Michael (1999) Revidierter Revisionismus. Der Dritte Weg und die europäische Sozialdemokratie. Bonn
- Eick, Volker (2003) New Strategies of Policing the Poor; in: Policing & Society, 4/13, 365-379
- Eick, Volker (2005) Sicher, sauber, sittsam. Quartiersmanagement und lokale Sicherheitspolitik; in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP, 81 (2), 28-35
- Eick, Volker (2007) ›Krauts and Crowds‹: Bericht vom Rand der neoliberalen Dienstleistungsperipherie; in: Eick, Volker/ Sambale, Jens/ Töpfer, Eric (Hg.) Kontrollierte Urbanität. Zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik Bielefeld, 55-82
- Eick, Volker (2008a) Urbane Wachen und die neuen Polizeien. Wenn im Quartier die Randständigen ins Zentrum rücken; in: Arndt, Friedrich/ Dege, Carmen/ Ellermann, Christian / Mayer, Maximilian / Teller, David / Zimmermann, Lisbeth (Hg.) Ordnungen im Wandel. Globale und



- lokale Wirklichkeiten im Spiegel transdisziplinärer Analysen, Bielefeld, 81-104
- Eick, Volker (2008b) Verlängertes Gewaltmonopol? Der kommerzielle Teil der ›neuen Sicherheitsarchitektur‹; in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP, 91 (3): 61-68
- Eick, Volker/ Mayer, Margit/ Grell, Britta/ Sambale, Jens (2004) Nonprofit-Organisationen und die Transformation der lokalen Beschäftigungspolitik. Münster
- Eisenschütz, Aram/ Gough, Jamie (1996) The Contradictions of Neo-Keynesian Local Economic Strategy; in: Review of International Political Economy, 3/3, 434-458
- Freie und Hansestadt Hamburg. Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Hg.) (2006) Umsetzung und Ergebnisse der öffentlich geförderten Arbeitsgelegenheiten nach § 16 (3) SGB II im Jahr 2005. Hamburg
- Fritsche, Miriam (2003) Neues Regieren im Quartier? Das Beispiel Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg (FU Berlin, Otto-Suhr-Institut, unveröff. Diplomarbeit). Berlin
- Fuchs, Claudia (2005) Als Dienstkleidung ein weißes Shirt mit Sonne; in: Berliner Zeitung, 1. August, 9
- Hanke, Andrea (2008) Öffentliche Berichtsvorlage. Umsetzung des § 16 Absatz 3 SGB II bei der Stadt Münster – Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (V/0558/2008). Münster
- Harvey, David (2005) A Brief History of Neoliberalism. Oxford
- Hömberg, Ulla (2007) Wie steht es um die Sauberkeit? In: Promenadenpost, 4/07, 7
- Holm, Andrej (2001) ›Behutsame Verdrängung‹ am Helmholtzplatz: Ausgrenzung im Aufwertungsgebiet; in: MieterEcho. Zeitung der Berliner MieterGemeinschaft, 286, 8-9
- Jacobs, Stefan (2008) Schulen im Problembezirk. Die Torschützer von Neukölln. In: Der Tagesspiegel, 2. Dezember, 9
- Jessop, Bob/ Sum, Ngai-Ling (2006) The Regulation Approach and Beyond: Putting Capitalist Economies in their Place. Cheltenham
- JobCenter Charlottenburg-Wilmersdorf (2009) Arbeitsmarktprogramm 2009. Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit und Vermeidung von Langzeitbezug. Berlin
- Krummacker, Michael/ Kulbach, Roderich/ Waltz, Viktoria/ Wohlfahrt, Norbert (2003) Soziale Stadt, Sozialraumentwicklung, Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit. Opladen
- Lanz, Stephan (2000) Der Staat verordnet die Zivilgesellschaft; in: Widersprüche, 78, 39-52
- Leber, Sebastian (2005) Im Einsatz auf den Spielplätzen. Ein-Euro-Jobber sollen dazu beitragen, dass Kinder ungestört toben können; in: Der Tagesspiegel, 2. Juni, 9
- Mayer, Margit (2007) Contesting the Neoliberalization of Urban Governance; in: Leitner, Helga/ Peck, Jamie/ Sheppard, Eric (Hg.) Contesting Neoliberalism. Urban Frontiers. New York, 90-115
- Nogala, Detlef (2001) Ordnungsarbeit in einer globalisierten Welt – Die neue Mischökonomie des Polizierens und der Polizei; in: Fehérváry, Janos/ Stangl, Wolfgang (Hg.) Polizei zwischen Europa und den Regionen. Wien, 184-222
- Peck, Jamie (2001) Workfare States. London
- Peck, Jamie/ Tickell, Adam (2002) Neoliberalizing Space; in: Antipode, 34/3, 380-404
- Pham, Khuê (2007) Gewalt an Schulen. Als Ein-Euro-Schutzmann auf dem Pausenhof. Online unter: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,464981,00.html> [01.09.2009]
- Schmid, Rita (2006) BIG STEPS und Conciergedienste. Sozialer Service für das Wohngebiet. In: Nachrichten Parität. Für Berlin, 01/2006, 6-9
- Schmiedeknecht, Kerstin (2009) TFO – Task Force Okerstraße Strategiekonzept (Quartiersmanagement Schillerpromenade). Berlin
- Schulze-Böing, Matthias (2000) Leitbild ›aktivierende Stadt‹. Konzepte zur aktivierenden Sozialpolitik und Arbeitsförderung auf kommunaler Ebene; in: Mezger, Erika/ West, Klaus W. (Hg.) Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln. Marburg, 51-62
- Schuster, Sabine (2003) Utrechter Platz. Aufwerten durch Abräumen; in: Berliner MieterMagazin, 6, 12-13
- Swyngedouw, Erik (1997) Neither Global nor Local: ›Glocalisation‹ and the Politics of Scale. In: Cox, Kevin (Hg.) Spaces of Globalization. New York, 137-166
- ver.di Berlin-Brandenburg (Hg.) (2007) Ein-Euro-Jobs, Zusatzjobs, MAE... Synonym für eine gescheiterte Reform. Berlin

## Anmerkungen

- 1 Ich danke Dr. Kendra Briken für ihre Unterstützung.
- 2 [www.ams.at/ueber\\_ams/141513.html](http://www.ams.at/ueber_ams/141513.html) [07.09.2009].
- 3 Das Strategiepapier fährt fort: »Die Trinkerproblematik auf der Schillerpromenade ist ein saisonales Problem. Allerdings kann die Saison – je nach Witterungslage – von April bis November dauern. [...] Zunächst muss sofort mit ›Saisonbeginn‹ den Trinkergruppen deutlich gemacht werden, dass sie keinen Alleinanspruch auf die Grünanlage haben und sie sich friedlich mit den anderen Nutzergruppen zu arrangieren haben. Das sollte durch eine zunächst wöchentlich stattfindende, gemeinsame Begehung durch Polizei und Ordnungsamt signalisiert werden. [...] Es bleibt jedoch festzustellen: Sollte es bis Ende 2009 keine erkennbare Verbesserung der Situation geben, muss ggf. über die Ausweisung einer Gebietsverordnung nachgedacht werden« (Schmiedeknecht 2009, 17f.).
- 4 <http://www.faa-nord.de/index.php?id=120> [01.09.2009].
- 5 BEQUIT verdient sein Geld aus Mitteln der Agentur für Arbeit Berlin-Süd, den Jobcentern Berlin-Neukölln, Berlin-Tempelhof-Schöneberg und Berlin-Steglitz-Zehlendorf, der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, der gsub. Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH, der SPI-Consult GmbH, der Europäischen Union sowie der Bezirksämter Berlin-Tempelhof-Schöneberg und Berlin-Neukölln.
- 6 <http://www.bequit.de/ueberuns.htm> [01.09.2009].
- 7 »Die BEQUIT engagiert sich in den Quartiersmanagementgebieten: Rollbergviertel, Schillerpromenade, High-Deck-Siedlung, Reuterkiez, Richardplatz-Süd, Flughafenstraße und Körnerpark«, vgl. <http://www.bequit.de/aufgaben.htm> [01.09.2009].
- 8 Vgl. Bürger-Firmenprofile vom 14. Mai 2009. <http://www.lexisnexis.com/de/business/> [01.09.2009].
- 9 <http://www.bequit.de/aufsicht.htm> [01.09.2009].
- 10 Insgesamt bieten aber rund 30 Nonprofit-Organisationen in Berlin Sicherheits- und Ordnungsdienstleistungen für verschiedene AuftraggeberInnen und mit unterschiedlichen räumlichen Schwerpunkten an.
- 11 [http://www.oeps-berlin.de/index\\_15e8a784f045149f7827001d5bf2d041\\_de.html](http://www.oeps-berlin.de/index_15e8a784f045149f7827001d5bf2d041_de.html) [01.09.2009].
- 12 <http://www.jugendwohnen-berlin.de/concierge-maerkisches-viertel.0.html> [01.09.2009].
- 13 <http://www.jugendwohnen-berlin.de/concierge-maerkisches-viertel.0.html> [01.09.2009].
- 14 <http://www.berlin.de/ba-neukoelln/presse/archiv/20080403.1010.97501.html> [27.05.2009].
- 15 »Insgesamt gibt es in Münster rd. 750 Arbeitsgelegenheiten (davon sind ca. 2/3 besetzt) bei verschiedenen gemeinnützigen und öffentlichen Einrichtungen« (Hanke 2008: 3).
- 16 Vgl. [http://www.dresden.de/media/pdf/arge/Laufende\\_Massnahmen\\_ABM\\_ARGE\\_DD\\_Monat\\_April\\_2009.pdf](http://www.dresden.de/media/pdf/arge/Laufende_Massnahmen_ABM_ARGE_DD_Monat_April_2009.pdf) [28.05.2009].